

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 05/2013

20. Jahrgang

54. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Juni 2013



Das „Städtebauliche Entwicklungsgebiet“ Krampnitz hat hohe Wellen geschlagen ob seiner Dimension, die nicht nur einen ganzen neuen Stadtteil für die unter Wohnungsknappheit leidende Landeshauptstadt ins Visier nimmt, sondern auch der teilweise unter Denkmalschutz stehenden Militärbrache einen zivilen Sinn geben will – und das mit einem anspruchsvollen architektonischen und landschaftsgestalterischen Konzept. 3800 Potsdamer sollen auf dem 150 Hektar großen Areal in zehn Jahren einmal wohnen – „ein hervorragender Beitrag zur Lösung der Wohnungsprobleme in Potsdam“, meinte auch Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg in der Diskussion der Verwaltungsvorlage zur Satzung des Entwicklungsgebietes, die nach der „Vorbereitenden Untersuchung“ als nächster Schritt zu beschließen war. Rederecht hatten zuvor Landwirte erhalten, die sich als Eigentümer von Flächen auf dem Aasberg noch einmal gegen die Ausdehnung über die Kasernengrenzen hinaus aussprachen. Sie befürchteten, dass mit der Erklärung des Areals zum Entwicklungsgebiet unter Androhung von Zwangsentwässerung Ackerfläche zu Bauland gemacht, landwirtschaftliche Existenzen gefährdet würden, noch dazu im Landschaftsschutzgebiet. Die Ortsbeiräte Fahrland und Neu Fahrland hatten sich gegen eine Bebauung

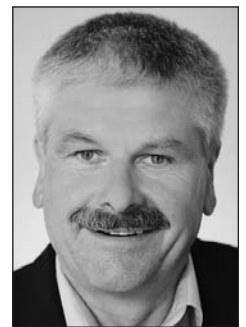
des Aasberges gewandt und vor allem ein Verkehrskonzept für den Potsdamer Norden gefordert. Der Ausschuss für Umwelt und ländliche Entwicklung und die Fraktion von CDU/ANW hatte sich der Sorgen der Landwirte angenommen, woraufhin die Verwaltung selbst einen Ergänzungsantrag vorlegte, der festschreibt, dass vor einer Enteignung alle anderen Möglichkeiten einer einvernehmlichen Lösung anzustreben sind. Der Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe muss Rechnung getragen werden. Die Stadtverordnetenversammlung ist über die Schritte detailliert zu unterrichten.

Hans-Jürgen Scharfenberg würdigte die Bemühungen der CDU/ANW und der Verwaltung. Angesichts der Unsicherheiten und der Skepsis bei den Eigentümern am Aasberg, sagte Scharfenberg: „Wir alle sind aufgefordert, darauf zu achten, dass die Zusagen eingehalten werden“, es gebe also eine „Berichtspflicht“ gegenüber der Stadtverordnetenversammlung. „Wir wollen die mit Risiken behaftete, besondere Entwicklungsmaßnahme auch besonders begleiten“, führte er weiter aus, und schlug vor, dass die Trägergesellschaft als Tochter der ProPotsdam einen Aufsichtsrat erhält, der auch als Beirat für die neu zu gründende Treuhandgesellschaft fungieren könnte.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Potsdam ist ganz knapp an der Einführung eines Eintrittsgelds für den Park Sanssouci vorbeigeschrammt. Mit ihrer plötzlichen Abkehr von der Einführung einer Tourismusabgabe haben die SPD-Fraktion, insbesondere ihr Vorsitzender, ihren Oberbürgermeister und die Stadt im Regen stehen lassen. Es war nicht das erste abenteuerliche Manöver, das von der Unberechenbarkeit der Potsdamer SPD zeugt. Damit fehlen der Stadt 2 Millionen Euro



Einnahmen, die die 1 Million an die Schloßerstiftung ausgleichen sollen. Aber nur durch diesen finanziellen Zuschuss der Stadt kann, so der Stiftungsrat, die Einführung eines Parkeintritts noch verhindert werden. In dieser vertrackten Situation versuchten der Potsdamer SPD-Chef und der Oberbürgermeister, geschichtswahrend Zeit zu schinden. Erst im Herbst dieses Jahres sollte über die Tourismusabgabe oder, wie es die SPD jetzt auf einmal will, über eine Bettensteuer entschieden und erst danach gezahlt werden. Das war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deshalb forderten die LINKEN einen verbindlichen Beschluss zur Zahlung von bis zu 1 Million Euro pro Jahr für die nächsten fünf Jahre. Dieses Geld soll für die Gartenpflege in den Potsdamer Parks, möglichst im Park Sanssouci, eingesetzt werden. Im Gegenzug beansprucht die Stadt einen Sitz mit beratender Stimme im Stiftungsrat, mindestens aber eine jährliche Rechenschaftslegung der Stiftung vor den Stadtverordneten. Der Oberbürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung sind letztlich diesen Forderungen der Linksfraktion gefolgt. So konnte mit dieser klaren Position der LINKEN der Parkeintritt verhindert werden.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Luzern und Potsdam im Austausch

„Vermeide niemand, der dir begegnet. Du findest leicht einen, dem du hilfst, einen der dir helfen kann“

J. W. von Goethe

Am letzten Wochenende weilten Mitglieder des Großen Stadtrates Luzern mit dem Stadtrat für Soziales in Potsdam. Neben einer Rudertour über Potsdams



Gewässer fand ein angeregter Erfahrungsaustausch zum Bürgerhaushalt statt. Nach einer Einführung durch den Kämmerer wurden die positiven Erfahrungen aus fünf Jahren Bürgerhaushalt in Potsdam aufgezeigt, aber auch die Grenzen, an die wir gestoßen sind. Auf Grund der unterschiedlichen politischen Voraussetzungen (in der Schweiz direkter Einfluss der Bevölkerung auf alle politischen Entscheidungen durch Bürgerentscheide) kann unser Modell nur eine Anregung sein. Es gab eine intensive Diskussion, in deren Ergebnis verabredet wurde, dass wir weiter im Kontakt bleiben und die Gespräche in Luzern fortsetzen wollen. Mit dieser Veranstaltung schloss sich ein Kreis, der bei einem Besuch in unserer Partnerstadt am letzten Maiwochenende begonnen hatte. Unserer Delegation wurde u. a. das Sportareal präsentiert. Mit einem nagelneuen Fußballstadion, einer Schwimmhalle mit diversen kleingewerblichen Nutzungen wurde das Areal mit einer Wohnbebauung ergänzt. Das ganze Projekt wurde im PPP-Verfahren realisiert. Über dieses Modell wollen wir mehr wissen und in einen Austausch mit Luzern treten, was letztendlich heißt, wir und Luzern haben uns gefunden, um zu helfen und uns helfen zu lassen.

Ihre Birgit Müller

1. Stellvertreterin des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Änderung B-Plan Kirchsteigfeld

Jana Schulze fragte nach dem Stand der angekündigten 4. Änderung des B-Planes 18 „Kirchsteigfeld“, zu der im März 2011 schon eine Planungswerkstatt durchgeführt worden war. Die Bewohner wollten wissen, wann die Bebauung des Gewerbegebietes an der Ricarda-Huch-Straße beginnt.

Im Juni werde der Bauausschuss über den Stand informiert, antwortete Matthias Klipp. Ende des Jahres soll die Stadtverordnetenversammlung dann über die Änderung beraten.

Unterkunft für Asylbewerber

Für die Landeshauptstadt war eine Zunahme von Asylbewerbern angekündigt worden. Die Unterkünfte in Potsdam seien aber zu 100 Prozent ausgelastet. Wie reagiere die Verwaltung auf dieses Problem, fragte Jana Schulze. Im Mai war die Stadt über die Zuweisung von 153 zusätzlichen Asylbewerbern informiert worden, antwortete Elona Müller-Preinesberger. Inzwischen wurden von einem Runden Tisch 35 Standorte geprüft. Einzig ein Standort im Kuhforst am Rande eines Gewerbegebietes käme in Frage. Da dieser einzig mögliche Standort weit abgelegen ist und den formulierten Prinzipien der Unterbringung in Potsdam widerspricht, müsse die Unterbringung durch ein Integrations- und Sozialkonzept begleitet werden. Im Juni werde der Hauptausschuss informiert, im September erhält die Stadtverordnetenversammlung dazu die Beschlussvorlage.

Fähre Hermannswerder

Der aktuelle Stand der Umsetzung des SVV-Beschlusses vom 30.01.2013, dass die Fähre Kiewitt – Hermannswerder in den Sommermonaten auch abends verkehren soll, interessierte Ralf Jäkel. Matthias Klipp erklärte, dass die Einbindung des Fährverkehrs in den Nahverkehrsplan Zeit brauche. Dabei seien in der Vereinbarung über den Fährverkehr auch die Zuschüsse der Stadt zu berücksichtigen. Die sei erst für den Nahverkehrsplan 2015 – 19 möglich, denn die Kosten für die Stadt seien durch den Haushalt gedeckelt. Sollte der Fährverkehr früher ausgeweitet werden, müssten andere Leistungen gestrichen werden.

Parkplatz am Bahnhof

Durch den Verkauf des Grundstücks an der Babelsberger Straße hinter dem Hauptbahnhof, wird der Parkplatz erheblich verkleinert. Wird es dafür einen Ersatz geben, fragte Birgit Müller.

Der Parkplatz sei im Flächennutzungsplan nur eine Interimslösung, also nicht zu ersetzen, erklärte Matthias Klipp. Es sei ausreichend nachgewiesen, dass der Bahnhof gut durch den ÖPNV erreichbar ist, das Parkhaus noch genügend Kapazität habe. Park&Ride sei eher am Rande der Stadt sinnvoll, dazu werde es Anfang 2014 ein Konzept geben.

Schulhausmeister

Stephan Wollenberg fragte, ab wann die Hausmeister an den betroffenen Schulen wieder in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Es laufe gerade das Stellenausschreibungsverfahren. Zum 1. September seien die Stellen neu besetzbar.

WagenHausBurg

Mit welchen Ergebnissen die im Januar vom Oberbürgermeister angekündigten Gespräche mit Vertretern der WagenHausBurg geführt wurden, wollte Dr. Sigrid Müller erfahren.

Burkhard Exner teilte mit, dass monatlich Gespräche geführt worden seien. Für die Stadt sei es dabei vorstellbar, eine Ersatzfläche in der Nähe des jetzigen Standortes zur Verfügung zu stellen, die der Vermarktung des Geländes nicht entgegen steht. Es gehe jetzt um das Verkehrswertgutachten und die Form der Nutzungsübertragung. Für den nächsten Monat sind erneut Gespräche geplant. „Wir sind auf keinem schlechten Weg“, sagte Exner. Auf Nachfrage erklärte er, dass die Realisierung erst in 2 bis 5 Jahren anstehe. Es handele sich um ein Grundstück von „guten 3000 Quadratmetern.“ Das Verkehrswertgutachten werde am 13.05.2013 übergeben.

Stadtkanal

Da der Stadtkanal an der Yorkstraße oft in unansehnlichem Zustand ist, fragte Birgit Müller, wie mit der Säuberung verfahren werde und wer die Kosten trägt. Viermal im Jahr (von März bis Oktober) werde der Kanal mit einem handelsüblichen Rasenmäher gemäht und der Müll eingesammelt. Das sei aber nur möglich, wenn der Kanal trocken ist. Für das Auftreten von Ratten gebe es keine Hinweise. Die Kosten werden vom Bereich Grün- und Verkehrsflächen getragen, sind aber als Einzelposition nicht ausweisbar.

Ehemalige Schlecker-Filiale Keplerplatz

Zu der Frage von Jana Schulze nach einem Nachmieter für die ehemalige Schleckerfiliale teilte Oberbürgermeister Jann Jakobs mit, dass der Eigentümer einen neuen Mietvertrag zum 1. Juni 2013 abgeschlossen habe.

Motor-Sporthalle Babelsberg

Die Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der Motor-Sporthalle in Babelsberg ist beschlossen worden. Kürzlich sei eine Brandschau durchgeführt worden, stellte Stefan Wollenberg fest. Welche Maßnahmen sind im Ergebnis erforderlich?

Burkhard Exner erklärte, dass die Bauaufsicht und die Feuerwehr die Brandschau im Mai durchgeführt habe. „Jetzt sind wir mittendrin im geordneten Verfahren.“ Er erwarte die Stellungnahme des KIS am 1. Juli 2013. Er werde im nächsten Ausschuss für Schule und Sport und im Werksausschuss des KIS berichten.

Zügige Umsetzung „Potsdam 22“

Nach der Diskussion des Antrages der LINKEN über wohnungspolitische Sofortmaßnahmen zu den Ergebnissen des Expertengremiums „Potsdam 22“ im Hauptausschuss beschloss die Stadtverordnetenversammlung, sich für eine bundesgesetzliche Mietrechtsänderung hinsichtlich einer Begrenzung von Mieten bei Neuvermietungen zu positionieren. Dazu soll der Oberbürgermeister im September einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Vor Entscheidungen der SVV, die zur Erhöhung der Betriebskosten führen könnten, ist ein Abgleich mit den aktuellen Wohnkosten vorzulegen. Dazu soll bis Ende 2013 ein kontinuierliches Verfahren mit den Wohnungsunternehmen verabredet werden. Ebenfalls bis Dezember 2013 soll der Oberbürgermeister „in Vorbereitung eines wohnungspolitischen Konzeptes eine Zwischenbilanz zu bereits erprobten Maßnahmen und Instrumenten der Landeshauptstadt zur Unterstützung des Wohnungsbaus“ vorlegen. Des Weiteren appelliert die SVV an das Land Brandenburg, die Landeshauptstadt als Vorranggebiet mit Wohnungsmangel auszuweisen.

Grundschulplätze im Potsdamer Norden

Trotz Eröffnung der neuen Grundschule im Bornstedter Feld ist die Versorgung mit Grundschulplätzen nicht ausreichend, begründete Stefan Wollenberg den Antrag der LINKEN, der den Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, wie schnellstmöglich zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden können und ob der Entwicklungsträger nachträglich zur anteiligen Finanzierung weiterer Grundschulkapazitäten sowie ggf. zur Bereitstellung einer weiteren Fläche für die Errichtung einer Schule

verpflichtet werden muss. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Durchgang im Schäferfeld

Beschlossen wurde der Antrag der LINKEN, auf dem städtischen Grundstück zwischen Nutheschneelstraße und Garagengemeinschaft Schäferfeld einen Durchgang herzustellen. Ein Zwischenbericht soll in der SVV am 4. September gegeben werden.

Finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt am Unterhaltsaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Mit maßgeblicher Unterstützung der LINKEN, die einen Änderungsantrag eingebracht hatte, hat die SVV beschlossen, sich mit 1 Million Euro pro Jahr, befristet auf 5 Jahre, am Unterhaltsaufwand für die in der Stadt gelegenen Gärten und Parks der Stiftung zu beteiligen. Dabei sei ihr ein Mitspracherecht über die Verwendung der Mittel einzuräumen. Zur Deckung des Betrages im Haushaltsjahr 2014 über eine „Tourismusabgabe“ oder „Beherbergungssteuer“ wird weiter verhandelt.

Kontogebühren bei der MBS

Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Antrag der LINKEN, dass sich der Oberbürgermeister und die anderen Potsdamer Verwaltungsratsmitglieder der Mittelbrandenburgischen Sparkasse gegen die geplante Einführung von Kontogebühren für Kontosummen unter 1200 Euro pro Monat einsetzen. Der Antrag

wurde beschlossen. Der Oberbürgermeister wird im September berichten.

Laubentsorgung

Die Laubentsorgung für Bäume an öffentlichen Straßen soll wie bis 2009 unabhängig von den Reinigungsklassen der Straßenreinigung von der STEP erfolgen. Dazu soll der Oberbürgermeister rechtzeitig die notwendige Veränderung der Straßenreinigungssatzung 2014 vorlegen, heißt es im beschlossenen Antrag der LINKEN.

Öffentliche Parkfläche im Kirchsteigfeld erhalten

Bis mindestens zu Beginn der Baumaßnahmen soll den Anwohnern an der Clara-Schumann-Straße die Nutzung als Parkplatz gestattet werden. Jana Schulze hatte sich der Sorgen der Bewohner angenommen und begründete den Antrag für die LINKEN. In dem Gespräch des Oberbürgermeisters mit dem Eigentümer soll auch eine Informationsveranstaltung über dessen Bauvorhaben vereinbart werden. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Messestandort Potsdam sichern

Im mehrheitlich beschlossenen Antrag der LINKEN wird der Oberbürgermeister aufgefordert zu prüfen, durch welche Maßnahmen der Messestandort Potsdam erhalten und gestärkt werden kann. Hans-Jürgen Scharfenberg reagierte damit auf die Insolvenz der Messgesellschaft. Der Ruf Potsdams als Messestadt sei in Gefahr. Der Oberbürgermeister bat um Zustimmung zu diesem Antrag, da er im September über die Gespräche berichten könne.



Deserteurdenkmal
auf dem Platz der Einheit

Erledigt

Kunst im öffentlichen Raum

Daten und Fotos einschließlich Sanierungszustand von allen Kunstwerken im öffentlichen Raum sollen unter potsdam.de veröffentlicht werden. Der Antrag der LINKEN, den Dr. Karin Schröter begründete, wurde als erledigt bewertet, weil die Verwaltung bereits nach einem entsprechenden Kulturausschuss-Votum bei der Umsetzung ist.

Überwiesen in die Ausschüsse

Im Hauptausschuss soll der Antrag der LINKEN verhandelt werden, dass der Hauptausschuss monatlich über den Stand der Gespräche zum Umgang mit den nicht verausgabten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) in Höhe von ca. 800.000 Euro, informiert wird. Die Entscheidung über den Einsatz der Mittel soll die SVV treffen. Die LINKE habe bisher mehrere Vorschläge eingebracht, die 800.000 Euro,

die im Stadthaushalt „geparkt“ sind, zu verwenden, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Elona Müller-Preinesberger erwiderte, dass der Verordnungsentwurf der Bundesregierung am 05. Juli 2013 dem Bundesrat vorgelegt werde. Danach sei mit einem Kompromiss zu rechnen. Vorher könne das Geld nicht eingesetzt werden.

Abgelehnt

Rechtsabbiegespur für Breite Straße

Der Vorschlag der LINKEN, den Ralf Jäkel begründete, den Verkehrsfluss auf der Breiten Straße mit einer Rechtsabbiegespur in die Dortustraße zu optimieren, wurde abgelehnt. Matthias Klipp begründete, dass sich dort ein unterirdisches Fernwärmebauwerk befindet, das nicht befahrbar ist. Dies sei vor Baubeginn geprüft worden. Unabhängig davon sei seit dem 17. Mai durch eine Optimierung der Grünphase die Durchfahrt an dieser Stelle von 120 auf 160 Fahrzeuge erhöht worden.



**Sitzungen der
Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung
Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils
18 Uhr
5.; 12.; 19. und 26. August; 2.; 9. und
16. September 2013

**55. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung mit
Einwohnerfragestunde**

Stadthaus, Plenarsaal
4. September 2013, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen
„Rathausreport live“**

Café Staudenhof, Am Alten Markt
10, Stadtteil Potsdam Mitte
8. September 2013, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 6/2013**

Stadthaus, Raum 3.107
13. bis 18. September 2013 (außer Sa.
und So.)

Sie haben auch die Möglichkeit, den
Rathausreport an den Info- Ständen
der Fraktion DIE LINKE in den Stadt-
teilen zu bekommen.

**Bürgersprechstunde
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl.)
und Fraktionsvorsitzender**

am 06.08. 2013, 17.00 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39
(Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

„Rathausreport live“ in der „Kulturscheune“ Marquardt



Seit 1993 reist die Fraktion DIE LINKE nach jeder Beratungen der Stadtverordnetenversammlung herum in die einzelnen Stadtteile, um vor Ort die Bürgerinnen und Bürger über die neuesten Themen und Beschlüsse der SVV zu informieren bzw. sich den Fragen und Problemen zu stellen. Das tut sie übrigens als einzige Fraktion der SVV. So war sie am 8. Juni zu Gast in der „Kulturscheune“ in Marquardt. Mit vor Ort waren auch die Ortsvorsteher von Marquardt, Dr. Wolfgang Grittner, von Fahrland, Claus Wartenberg, sowie von Groß Glienicke, Franz Blaser. Immerhin jährt sich ja in diesem Jahr die Eingemeindung der nördlichen Ortsteile zum 10. Mal.

Zweiteilig – ebenfalls schon Tradition – waren auch die Themenkreise des Frühschoppens. So ging es im ersten Teil um „Pro und Contra“ der Einführung des Tourismusbeitrages in Potsdam sowie um die Frage „Wohnen in Potsdam – wozu braucht es dazu ein politisches Konzept?“

Als eine Art Übergang zum zweiten Teil informierte Hans-Jürgen Scharfenberg über die Planungen in Sachen Entwicklungsbe- reich Krampnitz. Zufrieden, dass es endlich losgehen soll, äußerte sich Claus Wartenberg. „Unser Ortsbeirat Fahrland hat sich ausdrücklich dafür ausgesprochen. Es geht uns dabei aber auch um den Erhalt und

die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Bereich.“ Hierzu betonte der Ortsvorsteher auch, dass man gerade diese stets im Auge behalten werde. Das Gleiche unterstrich auch Hans-Jürgen Scharfenberg. Diese Zusicherung konnte auch Lars Kutzer aus Fahrland mitnehmen, der Befürchtungen äußerte, dass er „verdrängt“ oder gar „enteignet“ werden solle.

Im Weiteren ging es nach zehn Jahren darum, wie die Potenziale gerade der nördlichen Ortsteile genutzt werden können. Claus Wartenberg unterstrich in diesem Zusammenhang, dass der von der LINKEN geforderte Masterplan für den Norden sehr wichtig sei für dessen Entwicklung. Während Dr. Grittner und Franz Blaser die positiven Seiten der damaligen Eingemeindung herausstellten, legte Claus Wartenberg darüber hinaus Wert auf mehr Mitbestimmung durch die Ortsvorstände. Dem stimmten Hans-Jürgen Scharfenberg und Peter Kaminski zu und unterstrichen die geforderten Rechtsansprüche der Ortsvorstände in Sachen Antrags- bzw. Auskunftsrecht. Ein wichtiger Aspekt sei dabei auch eine effektivere Arbeitsweise des „Rates der Ortsvorstände“, betonte Dr. Karin Schröter. Und Dr. Scharfenberg setzte abschließend hinzu: „Die Besonderheiten des ländlichen Raumes müssen erhalten bleiben.“

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam